



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0269/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 09.08.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	22.08.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.09.2011	Entscheidung

Betreff:

**Bericht zu den Ereignissen anlässlich des NPD-Aufmarsches am 16. Juli
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen vom 08.08.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass die von den Absperrungen betroffenen Bürger und Gewerbetreibenden im Umfeld der abgesperrten Demonstrationsroute nicht zuvor über die Maßnahmen in Kenntnis gesetzt wurden?
2. Auf welche Summe belaufen sich die Kosten, die im Zusammenhang mit den polizeilichen Maßnahmen am 16. Juli entstanden sind?
3. Wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass wegen der polizeilichen Absperrungen Bürger der Weststadt in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurden, so dass sie z. T. ihre Arbeitsplätze nicht erreichen oder sogar stundenlang ihr Haus nicht verlassen konnten?
4. Wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass zahlreiche Menschen die in der Weststadt angemeldeten und genehmigten Veranstaltungen an diesem Tag nicht erreichen konnten?
5. Welche Ergebnisse zeitigten die Ermittlungen zu den Vorfällen in der Licher Straße (Sachbeschädigungen u. a.), für die ohne Belege in der Öffentlichkeit nicht näher benannte Autonome aus dem Frankfurter Raum verantwortlich gemacht wurden?

6. Die Polizei hatte rund um die Demonstrationsroute der NPD ‚alles im Griff‘, weshalb diese ungehindert marschieren konnten. Dazu bedurfte es offensichtlich keiner besonderen Verfügung oder Anordnung. Welche Absicht wurde deshalb mit der Verfügung verfolgt, für das Bahnhofsgelände eine besondere Zone zu schaffen?
7. Am 16. Juli 2011 wurde in Gießen ein Exempel statuiert und die NPD hat ihren Aufmarsch in Gießen als Erfolg verbucht. Wie gedenkt die Stadt mit künftigen Demonstrationsanmeldungen der NPD oder anderer autonomer Nazigruppen zu verfahren? Soll sich das Szenario von 16. Juli d. Jahres jährlich wiederholen?
8. Alle Fraktionen hatten einstimmig eine Resolution beschlossen, in der u. a. für den 16. Juli folgender Wunsch enthalten war: ‚In Gießen gibt es daher keinen Platz für die NPD und ihr menschenverachtendes Weltbild. Wir wollen die NPD nicht in unserer Stadt haben ...‘
Kann man von einer erfolgreichen Verwirklichung dieser Zielsetzung sprechen, nachdem die Neo-Nazis am 16. Juli ungestört verbotene Nazi-Embleme zur Schau stellen, ausländerfeindliche Parolen brüllen und eine zwanzigminütige Kundgebung provokativ vor den Gegendemonstranten in der Neustadt abhalten konnten?
9. Wie bewertet es der Magistrat, dass das erklärte Ziel ‚Nazi-Aufmarsch verhindern!‘ des Bündnisses ‚Gießen bleibt bunt‘, nicht erreicht wurde, offensichtlich von den Ordnungskräften nicht erreicht werden sollte?“

Michael Janitzki